

DEUTSCHLAND

Blocksprünge

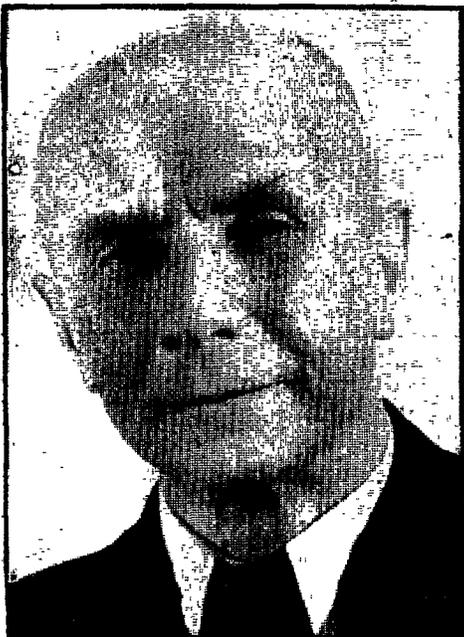
Das Feigenblatt ist ab

In Berlin beging man ein Jubiläum: vor zwei Jahren fanden sich die Parteien der sowjetischen Besatzungszone, damals SPD, CDU, LDP und KPD, zum Einheitsausschuß der demokratischen antifaschistischen Partei („Antifa-Block“) zusammen. Angeregt durch Wilhelm Pieck und begeistert unterstützt durch Otto Grotewohl (damals noch Sozialdemokrat), erhielt der Block durch die Russen seinen Segen. Ungefragt und unfreiwillig mußten die jüngsten Parteien der Ostzone, CDU und LDP, im Fahrwasser des Einheitsausschusses dampfen.

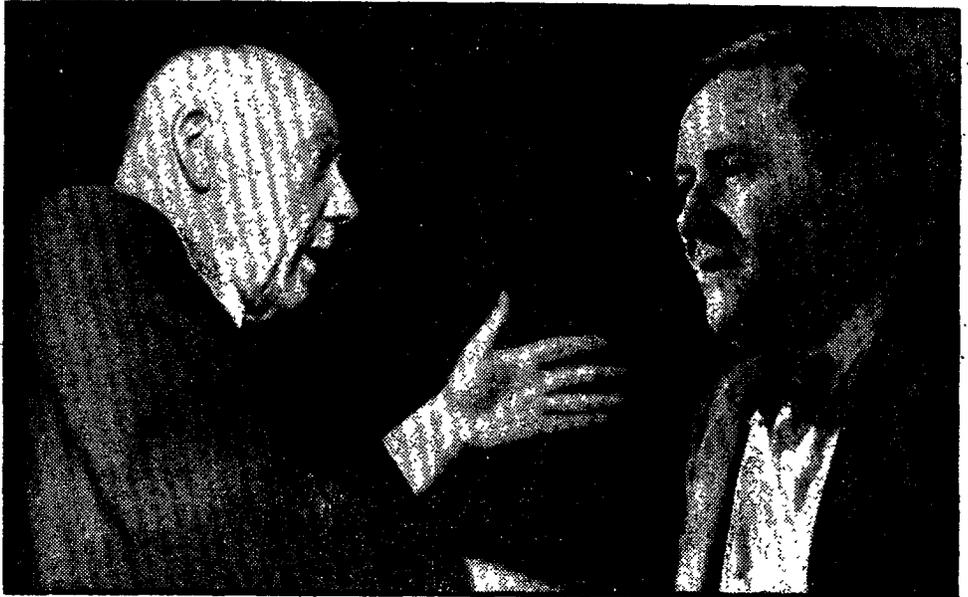
Auf der einen Seite würdigte man nun nach zwei Jahren spontan und total die Verdienste des Blocks. Pieck und Grotewohl sehen in der Blockpolitik den kürzesten, wenn auch nicht den bequemsten Weg, der aus den Trümmern in die Freiheit führt.

Jene Freiheit und die von der SED propagierte „reale Demokratie“ lösten aber auf der CDU-LDP-Seite Unbehagen aus. Lange Monate hindurch wagten die Männer aus dem bürgerlichen Lager nur nach einem „deutschen Rundblick“ von dem Zwang zu flüstern, der über ihnen lastete.

Jetzt, nach zwei Jahren der Antifa-Einheit, ist der Krug zerbrochen. Es war zuviel Einheitssuppe darin. „Ich sehe uns vor die Notwendigkeit der Überprüfung unserer politischen Haltung gestellt, besonders innerhalb der sogenannten Blockpolitik.“ Jakob Kaiser sagte diese Worte mit erhobener Stimme. Vor ihm saßen die



Sein Recht verloren
Jakob Kaiser



In die Hand der CDU: Carlo Schmid (rechts) übergibt an Lorenz Bock

verantwortlichen Männer der CDU aus der Ostzone, nicht alle restlos begeistert über die offenen Worte ihres Vorsitzenden. Kaiser, stets zur Vermittlung zwischen Ost und West aufgelegt, sah sich genötigt, Stellung zu beziehen.

„Es mehren sich die Stimmen, die uns als Feigenblatt der östlichen Demokratie bezeichnen.“ Schuld daran sei die Zusammenarbeit mit der SED, die die Einheitsausschüsse für ihre parteipolitischen Ziele einspannen wolle.

In Dresden und Erfurt fanden bereits Block-Kongresse statt, auf denen neben den drei Parteien ungebeten, hier freudig, dort säuerlich begrüßt, die SED-überparteilichen antifaschistischen Organisationen erschienen: FDGB, Freie Deutsche Jugend, Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, Kulturbund, Demokratischer Frauenbund. Darauf sahen sich die bürgerlichen Parteien, die durch die bisher paritätische Besetzung im Block ihren Einfluß geltend machen konnten, einer erdrückenden linksradikalen Mehrheit gegenüber.

Mit der Begründung, die Blockarbeit intensivieren zu wollen, versuchte nun die SED auch beim zentralen Ausschuss in Berlin, ihre Hilfsorganisationen blockfähig zu machen. Wenn deren Beteiligung gesichert ist, will sie das Hauptgewicht der Entscheidungen in die Antifa-Blocks verlegen. Wenn gewichtige Fragen dort durchberaten seien, würde den Länderparlamenten viel Arbeit erspart.

„Es weht nun einmal ein scharfer Wind durch die Trümmer“, erklärt „Neues Deutschland“, das Zentralorgan der SED, zum zweiten Jahrestag der Blockgründung. „Es läßt sich nicht leugnen, daß das Schwergewicht der starken Partei sich wie ein Naturgesetz auswirkt.“ Später wird dann von der drängenden und bohrenden Kraft der SED geschrieben.

Die Bohrer drängen selbst der labilen LDP zu stark. Die Demarche des Rebellen

Carl-Hubert Schwennicke in Eisenach verfehlte ihre Wirkung auf den zentralistisch-liberalen Dr. Wilhelm Külz nicht. Zaghafte, aber vorläufig entschlossen, lehnt Külz im Chor der starken Liberaldemokraten die Hinzuziehung der überparteilichen Organisationen ab.

„Manchmal ändert die LDP alle 24 Stunden ihre Meinung. Wir begrüßten es, wenn sie künftig einen klareren Kurs steuern würde, der nicht alle 14 Tage eine andere Nuance hat. Sie ist uns oft in den Rücken gefallen, wo wir es nicht erwartet hatten“, hieß es im Parteihaus der CDU in der Jägerstraße.

Doch will die CDU den Einheitsausschuß nicht verlassen. „Wir haben die Hand drin, wir können Schweinereien vermeiden.“ Man glaubt im CDU-Vorstand, daß die SED die Entwicklung nicht auf die Spitze treiben wird. „Um unser selbst willen können wir nicht nachgeben.“

Mann der goldenen Mitte

Mit faltigem Lächeln

Die Kommunisten wollen ihn vor eine Spruchkammer bringen. Auch die Stimmen der Sozialdemokraten hat er nicht. Aber die Mehrheit der 43 CDU- und DVP-Abgeordneten genügt, um Rechtsanwalt Dr. Lorenz Bock aus Rottweil gegen den Willen der Linken in den Tübinger Staatspräsidenten-Sessel des französisch besetzten Landes Württemberg-Hohenzollern zu heben.

Nur eine knappe Stunde brauchte ein Dutzend Tübinger Bürger beim Antrittszereemoniell im einst königlich-württembergischen Schloß Bebenhausen Öffentlichkeit zu demonstrieren. Dann konnten sie den fünf Kilometer langen Weg zurückwandern.

Der untersetzte Mittsechziger Lorenz Bock mit dem fast kahlgeschorenen alemannischen Rundschädel ist kein Green-

horn in der Politik seines württembergischen Vaterlandes. Als Zentrumsabgeordneter saß er 1919 im württembergischen Verfassungsausschuß. 1933 war er Fraktionsführer des Zentrums. Nach dem 20. Juli 1944 verhaftete ihn die Gestapo.

1946 war er unter den Mitbegründern der CDU, zog in die beratende Landesversammlung ein und beteiligte sich zum zweiten Male an der Ausarbeitung einer Verfassung. Sein Entwurf unterschied sich nicht viel von dem, den sein sozialdemokratischer Amtsvorgänger Carlo Schmid im Auftrag der Stuttgarter Regierung für Nordwürttemberg entworfen hatte und den er auch in Südwürttemberg-Hohenzollern durchzubringen gedachte. Während CDU-Bock, wie SPD-Schmid die Schaffung einer zweiten Kammer für erforderlich hielt, wiesen die sozialdemokratischen Genossen Schmid, der unter Bock Minister bleibt, ebenso wie die Demokraten und Kommunisten diesen Gedanken zurück. Die französische Militärregierung fand den Entwurf undemokratisch.

Für die südwürttembergische CDU arbeitete Professor Niethammer einen Gegenvorschlag zum Bock-Entwurf aus.

Nach allerlei politischen Kompensationsgeschäften wurde schließlich am 18. Mai eine Verfassung mit 69,8 Prozent der Wählerstimmen angenommen, die mit dem Bockschen Urentwurf nicht mehr viel Ähnlichkeit hatte.

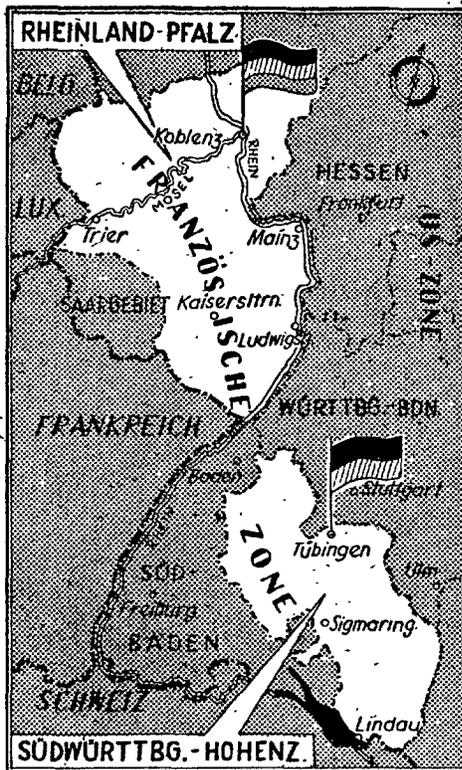
Dr. Lorenz Bock gelobte vor Grünschnuck und einem ornamentumgebene röhrenden Hirsch an der Wand des Schlosses Bebenhausen in die Hand des Landtagspräsidenten Gengler der Landesverfassung Treue. Reporter wollten wissen, ob er dies mit freudigem Herzen habe tun können, nachdem sein eigener Verfassungsentwurf keinen Anklang gefunden habe. Mit faltigem Lächeln in dem groben Gesicht entgegnete er: „Ich bin ein Mann der goldenen Mitte.“

Politischer Lorbeer

Steffan kann nichts mehr schaden

Wie Churchill in schwerster und entscheidender Stunde seinem Volk nichts zu bieten hatte als Blut, Schweiß und Tränen, so müssen auch wir jetzt mit Wahrheit und Offenheit operieren.“

Dieser Vergleich zwischen dem britischen Weltreich des Jahres 1940 und dem 19 000 qkm großen Land Rheinland-Pfalz von 1947 stammt von Peter Altmeier. Der unkonventionelle dunkelhaarige, schwarz-



äugige, 48 Jahre alte Rheinfranke ist aus dem Regierungspräsidium von Montabaur in die Behelfsunterkünfte der rhein-pfälzischen Landesregierung in Koblenz umgezogen.

Es gibt schlagkräftigere Männer unter seinen Freunden und Gegnern als den CDU-Ministerpräsidenten Peter Altmeier. Aber seine hervorstechendste Fähigkeit, widerstrebende Elemente zu vereinigen, hat dem Kaufmann und früheren Zentrums-kandidaten bereits die ersten politischen Lorbeeren eingetragen. Während es dem früheren Ministerpräsidenten Dr. Boden nicht gelang, sein nach den Wahlen gebildetes Ein-Parteien-Uebergangskabinet in eine Koalition umzubauen, hat Peter Altmeier eine große Koalition zusammengebracht.

Wochenlang hatte es in Rheinland-Pfalz gekriselt, ehe der temperamentvolle Altmeier, dessen vorspringende, scharfe Nase Bonhomie und zielbewusste Energie verriet, das einstimmige Vertrauensvotum des Landtags für sein Kabinet entgegennehmen konnte. Der wunde Punkt bei den

zahlreichen Versuchen, eine Koalition zusammenzubringen, war das Innenministerium.

Die SPD wollte es um jeden Preis setzen, was ihr die CDU sehr verdachte, nachdem die Sozialdemokraten sich in den Verfassungskämpfen einen politischen Salto mortale erlaubt hatten. Die Sozialdemokraten bezeichneten zuerst das Land Rheinland-Pfalz als „ihren Staat“ und beteiligten sich an der Ausarbeitung der Verfassung. Vor der Abstimmung am 18. Mai lehnten sie jedoch sowohl das Land Rheinland-Pfalz als Staatsgebilde als auch den Verfassungsentwurf ab.

An der Verfassung hat der durch seine Leitartikel im „Rheinischen Merkur“ als konsequenter Föderalist bekannte jetzige Kultus- und Justizminister, Rechtsanwalt Dr. Adolf Süsterhenn (CDU), den Hauptanteil.

Eine Kompromißbasis zwischen SPD und CDU wurde schließlich dadurch gefunden, daß beim Justizministerium Süsterhenns eine Abteilung für Verfassungsschutz eingerichtet wurde, so daß man nun mit Ruhe den Sozialdemokraten Jakob Steffan ins Innenministerium einziehen lassen konnte. Als Minister einer verfassungsfeindlichen Partei kann er nun in Verfassungsfragen keinen Schaden anrichten.

Peter Altmeier legt besonderen Wert darauf, vor seinem 2,7-Millionen-Volk nur die Maßnahmen zu verantworten, die tatsächlich von der Regierung und nicht von den französischen Zonenherren ausgehen. Der vigilante Geschäftsmann, der schon als 26jähriger einen kaufmännischen Großbetrieb führte und seit 1921 im Windhorstbund und im Zentrum Politik gemacht hat, gilt als hervorragender Organisations-

Journalisten, die ihn interviewten, finden, er habe es nicht nötig, mit schamhafter Schnelligkeit Fragen nach seiner Schulbildung zu übergehen. Auch wenn er sich nicht auf Gymnasialbildung und Studium berufen kann.

Auseinandergesprenzt

Eine Familie und eine Stadt

Einer Partei hat Spitzatki nie angehört. Seine Hände sind krumm von der schweren Arbeit. Mit zwölf Jahren fing der Polenjunge bei Krupp an. Heute ist er 67 und Pfortner.

Mutter Spitzatki ist seit 30 Jahren Putzfrau bei der Krupp-Hauptverwaltung. Heute stehen beide vor dem Nichts. Die Wohnung ist zerstört. Die Ansprüche gegen die Kruppsche Pensionskasse sind leere Rechtstitel. „Wenn sie die Bude hier kaputtmachen, können wir uns alle begraben lassen“, sagt Spitzatki und spuckt in den Rinnstein.

Die englische Kontrollkommission will 19 Krupp-Betriebe mit 23 Werkhallen sprengen. „Eine ganze Großstadt mit 540 000 Einwohnern wird damit zum Tode verurteilt“, rief Essens Stadtdirektor Dr. Friedrich Wolff. Der breitschultrige, unteretzte Mann will bei Krupp eine Edelstahl-Friedensproduktion ansiedeln, die 5000 Menschen Arbeit gibt. Der „Manchester Guardian“ schreibt von einer konzentrierten Aktion gegen einen Demontagebefehl.

Mit den Kanonenkönigen verlieren 17 000 Arbeiter und 20 000 Handlanger, die heute noch in den Krupptrümmern arbeiten, ihre Existenz. Der Bergbau kann Essens halbe Million Einwohner nicht ernähren. Wenn Krupp gesprengt wird, verschlingen die Wohlfahrtsämter 70 Prozent des Stadtbudgets.

„Rat und Parteien der Stadt sehen sich nicht in der Lage, nach Durchführung des



Wächter der Verfassung: Alfred Süsterhenn (rechts). Peter Altmeier (links) holte Jakob Steffan (Mitte)